



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

**Verknüpfungsstelle des Brenner-Nordzulaufs: Verknüpfungsstellen nördlich und südlich von Rosenheim, Bestandsstreckenausbau und Lärmschutz prüfen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene weiter für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Verlegung der geplanten Verknüpfungsstelle des Brenner-Nordzulaufs im Gemeindegebiet Oberaudorf einzusetzen. Hierbei soll geprüft werden, ob eine Verlegung der Verknüpfungsstelle unter den Berg Wildbarren möglich ist, wie es sich zahlreiche Bürgermeister, Gemeinderäte und vor allem Bürgerinnen und Bürger wünschen.
- sich auf Bundesebene ebenfalls für die unterirdische Verlegung weiterer Streckenabschnitte, u. a. auch die angedachten Verknüpfungsstellen im weiteren Streckenverlauf zwischen Rosenheim und München in den Gemeindegebieten von Tuntenhäusen und/oder Großkarolinenfeld für eine unterirdische, bürgerfreundliche Lösung einzusetzen.
- sich auf Bundesebene ebenfalls für Prüfung und planerische Weiterverfolgung des von Bürgerinitiativen geforderten Ausbaus der Bestandsstrecke im Rahmen des Brenner-Nordzulaufs einzusetzen und diese Variante als gleichberechtigt neben den von der DB Netz AG favorisierten Neubautrassen anzusehen.
- sich auf Bundesebene für eine genaue Überprüfung des Bedarfs der Neubaustrecke im Hinblick auf die Coronakrise und die daraus zu erwartende Wirtschaftskrise einzusetzen und dafür, ob die geplante Neubaustrecke überhaupt noch in Zukunft den Bedarf nachweisen und in überschaubarem Zeitraum jemals wirtschaftlich betrieben werden kann.
- sich auf Bundesebene im Falle der Realisierung des Brenner-Nordzulaufs, für einen Lärm- und Sichtschutz über das gesetzliche Mindestmaß hinaus einzusetzen, wie es bei anderen Bahn-Großprojekten in der Vergangenheit ebenfalls der Fall war.

### **Begründung:**

Bürgerinnen und Bürger in der Region Rosenheim sind massiv von der geplanten Neubaustrecke, dem Brenner-Nordzulauf, betroffen. Vor allem Landwirte beklagen den hohen Flächenverbrauch. Durch die geografischen Gegebenheiten im bayerischen Inntal mit wenigen Kilometern Talsohle ist die Lage durch die neue Bahntrasse besonders bedrohlich.

Der Prozess der Bürgerbeteiligung hat in den vergangenen Jahren immer zum Ziel gehabt, die einzelnen Gemeinden mit den entsprechenden Trassenvarianten nicht gegeneinander nach dem „St.-Florians-Prinzip“ auszuspielen. Der Dringlichkeitsantrag der

CSU-Fraktion geht deshalb nicht weit genug, auch wenn das Ziel, der Prüfung einer unterirdischen Verknüpfungsstelle offensichtlich seine Berechtigung hat. Jedoch dürfen andere Schwachstellen der bisherigen Planung nicht außen vorgelassen werden.